

Sperrfrist Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort

Landesparteitag DIE LINKE. M-V
9. April 2011 in Göhren-Lebbin
Rede des Landesvorsitzenden Steffen Bockhahn

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Gäste des Parteitages der LINKEN

wir haben ein großartiges Wochenende vor uns. In einer der schönsten Ecken unseres Landes treffen wir uns mit Freunden und Weggefährten, um zwei Tage lang ganz viel Zeit miteinander zu verbringen, viel zu reden und Pläne für die Zukunft zu machen. Mehr kann man von einem gelungenen Wochenende kaum erwarten.

Natürlich ist das nicht die ganze Wahrheit. Aber wir sollten uns bei allen schwierigen Entscheidungen dieses Wochenendes immer deutlich machen, dass wir zusammen gehören, dass wir die Aufgabe haben, klug zu entscheiden und dieser Parteitag trotz aller Differenzen auch Spaß machen darf. Wahrscheinlich wird kaum einer von uns morgen Abend mit allen Entscheidungen dieses Wochenendes zufrieden sein. Da wird es Absätze im Wahlprogramm geben, die einzelnen nicht so gut gefallen. Da wird es Platzierungen auf der Landesliste geben, die man sich anders gewünscht hätte. Am Ende dieses Wochenendes haben wir aber Beschlüsse, die eine Mehrheit hatten und die dann unsere gemeinsame Grundlage für den Wahlkampf sind. Deswegen sollten wir uns um eine klare Richtung und deutliche Signale, aber auch um eine große Breite bemühen. Wir haben eine große Vielfalt und sind gut beraten, diese als einen Vorteil zu sehen. Vielfalt darf aber auch nicht zur Beliebigkeit werden.

Wir werden heute unser Wahlprogramm beschließen und damit etwas versprechen. Wir werden den Wählerinnen und Wählern in Mecklenburg-Vorpommern versprechen, dass DIE LINKE in unserem Land etwas tun wird, um für mehr soziale Gerechtigkeit, gute Arbeit mit Existenz sichernden Löhnen, für eine bessere Bildung und ein Ende mit dem Chaos an unseren Schulen und auch für lebenswerte und lebensfähige Kommunen zu sorgen.

DIE LINKE ist eine Partei, die sich zuerst um die Probleme vor Ort und um die Menschen kümmert, nicht zuerst um die Profithoffnungen von Stromkonzernen, Großbanken oder Spekulanten. Das gilt für Mecklenburg-Vorpommern und das gilt auch für unsere Bundespartei.

Die steht zurzeit nicht besonders gut da. Da etwas zu beschönigen wäre nicht ehrlich und bringt keinem etwas. Nach akzeptablen Ergebnissen in Hamburg und Sachsen-Anhalt, haben wir bei den Wahlen vor zwei Wochen schwere Niederlagen hinnehmen müssen. Mit diesen Ergebnissen hat keiner gerechnet und gewünscht haben wir uns alle zusammen etwas anderes. Nun liegt es an uns ganz allein, was wir aus dieser Situation machen. Ein weiter so kann es nicht geben. „Keine Fehlerdiskussionen jetzt, Genossen“ hat noch nie geholfen. Allein an der Katastrophe in Japan hat es bestimmt nicht gelegen. Wir haben mit Sicherheit auch selbst Fehler gemacht und die müssen wir jetzt zügig analysieren und dann Konsequenzen daraus ziehen. Eine Radikalisierung halte ich für den falschen Weg. Für einen Kampf „wir gegen alle“ werden wir sicher auch nicht grenzenlose Zustimmung erhalten. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, dass wir glaubwürdige Politikangebote entwickeln, von denen die Wählerinnen und Wähler auch

glauben, dass wir sie umsetzen können. Unser Wahlprogramm heute kann da ein Anfang sein, der Entwurf ist eine gute Grundlage dafür.

Ganz wichtig ist in diesen Tagen, dass wir unseren Optimismus nicht verlieren. Lasst uns miteinander Zuversicht ausstrahlen. Zuversicht, dass unser Land mit der richtigen Politik eine gute Zukunft haben wird, Zuversicht, dass wir, dass DIE LINKE dafür die richtigen Ideen hat und Zuversicht, dass wir am 4. September einen großen Zuspruch erfahren werden. Klar ist, dass wir dafür auch Rückenwind aus Berlin brauchen und der Wind dafür noch etwas drehen muss. Aber wer, wenn nicht wir in Mecklenburg-Vorpommern soll sich mit Wind auskennen?

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben so viel Gegenwind gespürt, als wir uns als erste für einen gesetzlichen Mindestlohn eingesetzt haben. Schwarz-gelb sowieso, aber auch rot-grün haben uns dafür so scharf angegriffen, als drohte der Untergang des Abendlandes oder schlimmeres. Heute behaupten SPD und Grüne für Mindestlöhne zu sein. Aber was passiert? CDU und FDP blockieren das um die Wette und die SPD schließt faule Kompromisse ab. Manuela Schwesig redet nicht gern darüber, Fakt ist aber, dass sie zugestimmt hat, dass ostdeutsche Leiharbeiter wieder gegenüber westdeutschen benachteiligt werden. Sie hat verhandelt, dass es unterschiedlich hohe Mindestlöhne in den neuen und den alten Ländern geben wird. Das passt gar nicht zu den Reden des Ministerpräsidenten über die nötige Ost-West-Angleichung. Es macht aber deutlich, dass die SPD Druck von links braucht und dass sie mit der CDU ihre Forderungen nicht umsetzen kann. Erst bei der LINKEN abschreiben und dann schlecht umsetzen, das ist derzeit die SPD in Mecklenburg-Vorpommern, weil sie sich aus der Gefangenschaft der CDU, die alles was sozial ist, blockiert, noch nicht befreien will. Wir wollen, dass Leiharbeit zurück gedrängt wird. Gerade bei uns im Land ist Leiharbeit in vielen sonst hoch gelobten Unternehmen der Regelfall. Dagegen wollen wir etwas tun. DIE LINKE will reguläre Arbeitsverhältnisse und gleiche Löhne für gleiche Arbeit. Wenn die SPD das auch will, stehen wir bereit. Wenn sie das nicht will, kann sie mit der CDU weitermachen, die will das nämlich auch nicht.

Die Bildungspolitik in Mecklenburg-Vorpommern kann man nur mit einem Wort zusammenfassen: katastrophal. Soziale Ausgrenzung, extrem hohe Abbrecherzahlen, Unterfinanzierung, Personalmangel, problematische Altersstruktur der Lehrerinnen und Lehrer und Wildwuchs bei Privatschulen. Die CDU hat mit dem Bildungsminister Henry Tesch in den letzten fünf Jahren in dramatischer Weise gezeigt, dass sie es nicht kann. Die Situation an den Schulen hat sich alles andere als verbessert. Für die kommenden fünf Jahre sind die bildungspolitischen Forderungen der Union diese: Alle Kinder sollen das Mecklenburg-Lied lernen, wobei ich mich frage, wie die Vorpommern das finden. Die Bundeswehr soll an den Schulen ungestört für Nachwuchs werben dürfen und überall sollen Deutschlandfahnen zu sehen sein. Mal abgesehen davon, was im Einzelnen von diesen Plänen zu halten ist: die Probleme der Bildungslandschaft in unserem Land werden so garantiert nicht gelöst.

Wir haben Bildung zu einem der wichtigsten Themen in unserem Wahlprogramm gemacht und haben dafür gute Gründe. Ich freue mich ganz außerordentlich, dass wir in diesem Politikfeld über so viel Kompetenz verfügen. Mit Andreas Bluhm haben wir einen der anerkanntesten Bildungsexperten des Landes in unseren Reihen. Mit Simone Oldenburg, einer jungen Schulleiterin aus Nordwestmecklenburg kandidiert eine Frau für uns, die weiß, worum es geht und was zu tun ist. Sie hat sich entschieden, mit uns

und für uns Politik im Landtag zu machen, ist neu zu uns gekommen und bringt sich schon seit einigen Jahren in der LAG Bildung ein. Ich finde, wir sollten mit Simone ein deutliches Zeichen setzen, dass die Bildungspolitik für uns ein ganz wichtiges Thema ist und das auch auf der Liste zum Ausdruck bringen. Der Landesvorstand hat beschlossen, zu empfehlen, Simone Oldenburg auf Platz zwei der Landesliste zu wählen. Darüber hinaus empfiehlt der Vorstand, dass André Brie auf einen aussichtsreichen Listenplatz kommt. André ist ein großer Gewinn für uns und dass er mit uns im Landtag Politik machen möchte, ist eine Chance, die wir uns nicht entgehen lassen sollten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir sind hier zu Hause und bringen uns in diesem Land ein. Über 700 Mandate in Gemeinderäten, Stadtvertretungen, Kreistagen und Bürgerschaften besetzt DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern. Wir haben 48 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, von Banzkow über Plau am See, Lalendorf bis hin nach Saßnitz auf der Insel Rügen. All diese Frauen und Männer und unsere Landrätinnen Kerstin Kassner und Dr. Barbara Syrbe, Landrat Siegfried Konieczny und Angelika Gramkow, unsere Oberbürgermeisterin der Landeshauptstadt Schwerin, beweisen jeden Tag, dass wir praktische Politik machen können, dass wir dieses Land kennen, hier zu Hause sind und gestalten. Es ist eben nicht so, dass wir nur immer mehr Geld fordern, wie es heute in einer Zeitung zu lesen ist. Wer so etwas behauptet, der hat sich zum einen nicht mit unserer Politik in den Kommunen und im Landtag befasst. Zum anderen scheint er einen falschen Eindruck insbesondere von der CDU zu haben. Finanzierungsvorschläge für deren Versprechen sind eher die Seltenheit.

Wir sind das soziale Gewissen in den Städten und Dörfern dieses Landes. Wer sich anschaut, wie wir für Sozialtickets im Personenverkehr, für kostenlose Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche oder bezahlbaren Wohnraum kämpfen, kann zu keinem anderen Ergebnis kommen. Und nur um es noch mal ganz deutlich zu machen: DIE LINKE sagt dabei immer, wie es bezahlt werden soll. Auf der kommunalen Ebene geht es nämlich gar nicht anders. Wer aber meint, die anderen Parteien seien nicht mehr unsozial, der liest offenbar die falsche Zeitung!

Weil wir diese Kompetenz haben, weil wir hier zu Hause sind, wollen wir auch in den kommenden Jahren kräftig mitgestalten und treten bei den Kreistagswahlen und den Landratswahlen mit ambitionierten Zielen an.

Wir kennen dieses Land und Helmut Holter kennt es besser als die Spitzenkandidaten der anderen. Er ist hier geboren, aufgewachsen und macht seit über 20 Jahren gute Politik für unser Land. Ihm muss man nichts aufschreiben, wenn es um unsere Traditionen hier geht, wie das bei anderen nötig ist. Das ist nur einer der Vorteile, die Helmut hat. In jedem Fall sind wir gut beraten, uns geschlossen mit Helmut in die Auseinandersetzungen der kommenden Monate zu begeben. Ich habe jedenfalls nicht den Eindruck, dass die FDP erfolgreich aus ihrem Parteitag herausgegangen ist. Helmut Holter war als Minister ganz entscheidend daran beteiligt, den Strukturwandel nach der Schließung von Bundeswehrstandorten zu begleiten. Wir haben in Mecklenburg-Vorpommern mit guten Konversionsprogrammen erfolgreiche Beispiele geschaffen, wie aus der Schließung eines Bundeswehrstandortes neue Chancen erwachsen können. Stavenhagen ist da nur das bekannteste Beispiel. Das Thema Bundeswehr bringt mich dann aber auch wieder zur CDU: Wie verzweifelt und planlos muss man eigentlich sein, wenn man die Zukunft dieses Landes nur in einer größtmöglichen Anzahl an Bundeswehrstandorten sieht? Sich in Uniform vor die Kamera zu stellen und Panzer zu streicheln mag komische Bedürfnisse befriedigen: Eine

Perspektive für Mecklenburg-Vorpommern bietet das aber nicht. Wir wollen, dass unser Land ein friedliches ist.

Außerdem ist es unredlich, wenn Lorenz Caffier so tut, als hätte er nur den Hauch einer Chance. Die Bundesregierung hat bisher noch nie auf ihn gehört. Da hat ihm auch sein Parteibuch nichts geholfen. Beim Zwischenlager Nord ist man nicht mal zu einem Sicherheitscheck bereit. Geschweige, dass man im Finanzministerium mal tätig würde, dem Geschäftsführer der Energiewerke Nord Einhalt zu gebieten. Wenn die Bundesregierung nicht will, dass Vorpommern zum Atomklo wird, dann kann sie handeln. Wenn sie es will. Bisher kann man davon aber gar nichts erkennen.

Völlig zu Recht hat sich die Landes-CDU der Forderung nach einem Verbot der NPD angeschlossen. Caffier sagt das auch bei den Innenministerkonferenzen. Aber ist schon irgendetwas passiert? Nein. Im Gegenteil. Der Bundesinnenminister lehnt ein neues Verbotverfahren ab. Wo bitte ist die Durchsetzungskraft der Landes-CDU? Was bitte bringt die Kanzlerin diesem Land? Außer Beleidigungen nicht sehr viel.

Liebe Genossinnen und Genossen,

Mecklenburg-Vorpommern braucht eine bessere Politik und wir haben dafür Angebote. Mit der CDU wird es hier nicht vorwärts gehen und die SPD muss sich entscheiden, was ihre Versprechen wert sein sollen. Denn soziale Politik gibt es in diesem Land nur mit uns.

Wir wollen wieder Verantwortung in Mecklenburg-Vorpommern übernehmen. In den neuen Kreistagen wollen wir starke Fraktionen stellen und mit ihnen möglichst viele Landräte der LINKEN unterstützen.

Und wir wollen im Landtag deutlich zulegen. Das wird aber nur funktionieren, wenn wir uns an diesem Wochenende eine gemeinsame Grundlage schaffen und sie akzeptieren.

Es wird uns bestimmt niemand wählen, weil wir ab Montag darüber diskutieren, womit wir im eigenen Laden nicht glücklich sind. Für unsere Angebote bei sozialer Gerechtigkeit, Bildung, Wirtschaft und Arbeit, im Umweltschutz, den unser Umweltminister Wolfgang Methling in diesem Land geprägt hat, wie kaum ein zweiter, können wir Zustimmung bekommen. Lasst uns dafür gemeinsam kämpfen.

Mecklenburg-Vorpommern hat eine starke LINKE verdient und Wahlerfolge machen mehr Spaß, als Grabenkämpfe!